

Artillerie an, die bei Espleidima aufgestellt war: dieselbe konnte nur wenige Schüsse abfeuern. Der Angriff von zwei Fronten erzeugte eine Panik und eine allgemeine Flucht bei dem Gegner. Die Italiener verloren zwei Afaris und hatten 14 Verwundete. Der Feind hatte 235 Tote und mehrere hundert Verwundete. Zwei Lager wurden niedergebrannt und zahlreiche Waffen erbeutet.

Spanien.

Die Steuerrevolte in Valencia.

Madrid, 1. März. Eine Abordnung Valencianer Kaufleute ist hierher gekommen, um mit der Regierung über die dortige bedenkliche Lage zu verhandeln. Der Protest aller Stände gegen die unheimlichen fiskalischen Steuern wird immer heftiger. Alle Läden, Märkte und Schlachthäuser wurden geschlossen, so daß es schon an Lebensmitteln fehlt. Polizei und Militär werden durch immer wiederholte Unruhen sehr in Anspruch genommen. Man befürchtet ähnliche Bewegungen in Madrid, Barcelona, Saragossa und anderen Städten. Die Abkündigung der Konsumsteuer ohne einen vollen Erfolg hat eben die Finanzen der meisten Munizipien zerrüttet.

Valencia, 1. März. Die Ruhe ist noch nicht wiederhergestellt. Gestern mußte sogar Kavallerie gegen die Ruhestörer aufgebracht werden. Die Menge bewarf die Straßenbahnwagen mit Steinen. Sie wurde ausfindigergelassen, sammelte sich aber wieder und errichtete eine Barrikade, die sie jedoch, als die Soldaten zu schießen begannen, räumen mußte. Die Polizei ist durch hundert Beamte aus Madrid verstärkt worden.

Türkei.

Die Kammerwahlen in der Türkei.

Konstantinopel, 1. März. Gestern fanden hier die Kammerwahlen statt. Die Liste der 11 Komiteekandidaten vereinigte beinahe sämtliche Stimmen der 453 Wähler auf sich. Die unabhängigen Kandidaten erhielten nur 6-8 Stimmen. Bis jetzt sind 53 Abgeordnete gewählt, sämtlich Anhänger des Komitees. Man glaubt, daß bis Mitte März die Mehrzahl der Abgeordneten gewählt sein wird. Die Eröffnung des Parlaments wird für Anfang April erwartet.

Reichstags-Verhandlungen.

OPO. Berlin, 2. März.

(225. Sitzung.)

Eröffnung: 2 1/2 Uhr.

Erste Beratung des

Entwurfs einer dritten Ergänzung des

Verordnungs-Gesetzes.

Abg. Dr. Spahn (Str.) beantragte die Vorlage an die Budgetkommission zu verweisen, ebenso den Nachtrag zum Haushaltset für die Schutzgebiete.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

Post - Etat.

Abg. Ebert (Soz.) hält den Ueberschuß von 100 Millionen für unvereinbar mit dem Charakter der Post als eines Verkehrsinstitutes. Die Ueberschüsse sollten für den Ausbau des Verkehrs und für eine wirtschaftliche und soziale Fürsorge für die Angestellten verwendet werden. Der Staatssekretär habe sich gegenüber den schweren wie haltlosen Angriffen des Obersten v. Reuter mit nichts-fagen den Erklärungen begnügt.

Staatssekretär des Reichspostamts Raetke: Die Untersuchung hat ergeben, daß die Behauptung des Obersten v. Reuter richtig war, deshalb war es meine Pflicht, die Bestrafung der Beamten in Aussicht zu stellen.

Abg. Raden (Str.): Wenn wir heute nicht auf die neue Verordnungsordnung im einzelnen eingehen, so werden wir bei der Beratung der Verordnungsordnungsnovelle das Verkaupte gründlich nachholen. Die Einführung einiger betriebstechnischer Neuerungen, wie Brieftelegraphen und Barfrankierung, ferner die in Ausübung stehenden Postkreditbriefe, ist anzuerkennen. Bezüglich der Postautomaten möchte ein rascheres Tempo stattfinden, insbesondere sollten auch die mittleren Postanstalten, ferner die Wohnhöfe, großen Wirtschaften, Gerichtsgebäude und Truppenübungsplätze mit diesen Automaten versehen werden. Auch die vermehrte Einführung von Barfrankierungsmaschinen, und von Stempelmaschinen sollte ins Auge gefaßt werden. Gossentlich gelingt es auch bald, die Novelle zum Postkreditgesetz zu verabschieden. Leider muß ich auch mit einer Bedauerde kommen. Am Allerheiligentag war zwar die Schatzkassierstelle für den äußeren Dienst geschlossen, dagegen war für die Beamten im inneren Dienst Vertagsdienst. Ich möchte dringend bitten, den Ausbau des verprochenen Rahls Berlin-Magdeburg-Köln im Interesse der geschädigten Geschäftswelt und Presse möglichst zu beschleunigen. Auch zur Einschränkung des Schreibwerkes sollte von der obersten Zentralstelle aus einmal ein energisches Wort gesprochen werden. Für außerordentlich dringlich halte ich die Regelung der postlagernden Sendungen, mit denen recht viel Unfug getrieben wird. Wir haben uns auch auf unseren Vorschlag auf Einführung einer Vagergebühr nicht festgelegt, und uns ist jeder andere Vorschlag recht. Wir kommen auf die Dauer nicht daran vorbei, zum mindesten den Postlagerverkehr für Jugendliche in irgendeiner Weise zu kontrollieren oder zu beschränken. Auch hier liegt eine der Wurzel des Uebels des Geburtenrückganges. Vielleicht empfiehlt es sich, zwanzeiwiese und allgemein Postlagerforten einzuführen. Gossereuflisch ist die Entwicklung, die die Krankenkassen für die Postunterbeamten genommen haben. Wenn die Beiträge der meisten Klassen nicht ausgereicht haben, die Ausgaben zu decken, so ist das eine natürliche Erscheinung. Der Reichstag wird gern bereit sein, die erforderlichen Zuschüsse beizusteuern. Von diesem Gesichtspunkte geht auch die Resolution der Kommission aus, die nach Ablauf des ersten Betriebsjahres der Krankenkassen um einen Bericht über Ergebnisse und Leistungen derselben unter Angabe der für eine Gesundung und zweckmäßige Ausgestaltung der Kassen in Aussicht genommenen Maßnahmen ersucht. Beim Kapitel Morle-Telegraphen möchte ich anregen, nicht zu junges Personal zu verwenden und den immermehr zunehmenden Nachdienst für einzelne Beamte abzulösen. Eine bessere Verbindung für schnelleren und billigeren Geschäftsverkehr halten wir bei der steigenden Zahl der Angestellten und Beamten für nötig und werden der Resolution zustimmen. (Beifall im Zentr.)

Staatssekretär Raetke teilt mit, daß in den letzten Tagen China dem Weltpostverein beigetreten ist und hofft, daß dadurch die Schwierigkeiten im gegenwärtigen Geschäftsverkehr behoben werden. Das Brieftelegraphenwesen wird von uns weiter

ausgebaut werden. Die Einführung der Postautomaten verzögert sich durch die z. B. noch sehr teuren Apparate. Die telegraphische Verbindung zwischen Köln und Berlin wird soweit wie möglich beschleunigt werden, so daß wir in zwei Jahren die unterirdische Leitung benutzen können. Ueber die Wünsche betreffs der postlagernden Sendungen werden wir Erhebungen anstellen, wir glauben aber, daß die Wünsche durch die gewünschten Maßnahmen nicht gehoben werden können. Die Reichspostverwaltung hat nicht die Absicht, die Anstellung von Gehilfen über das Maß hinaus zu vermehren. Im übrigen werden wir die vorgebrachten Beamtenwünsche prüfen und soweit wie möglich erfüllen. (Beifall.)

Abg. v. d. Heide (natl.) wünscht bei aller Anerkennung für die Leistungen der Post die Vereinfachung und Vereinfachung des Weltverkehrs, die Ermäßigung des Portos für den Ortsverkehr, die Aufhebung der Gebühren für Bestellung von Telegrammen. Bei der Bewilligung von Urlaub an Beamte, die in die kommunale Vertretungskörperschaften gewählt sind, sollte mehr Entgegenkommen geübt werden. Redner bringt noch einige Wünsche vor, wie Revision der Tagesgelder, Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse uhm.

Abg. Dr. Dertel (konf.) schließt sich den Anerkennung gegenüber der Reichspostverwaltung an. Das Entgegenkommen des Staatssekretärs gegenüber allen Wünschen gelte mandmal sogar zu weit. Redner wünscht bessere Zeitungsbeförderung, mehr Wohlwollen gegen das platte Land, besonders in der Briefbestellung, zweimalige Bestellung möchte auf dem Lande die Regel sein. (Beif. rechts.) Die Wünsche der Postagenten unterstützt er, mit aller Entschiedenheit. Er wendet sich gegen eine übermäßige Beschäftigung weiblicher Personen im Postdienst und fordert bessere Bezahlung der Beamtinnen. Er unterstützt die Forderung des Zentrums auf eine Ueberwachung des Postlagerverkehrs. Die Haltung des Staatssekretärs im Falle Rabern findet seine volle Billigung. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Raetke erklärt, daß die Abschaffung der zweimaligen Briefbestellung in einigen ländlichen Bezirken aus Sparmaßrücksichten erfolgte. In dem Umfang der Beschäftigung weiblicher Beamtinnen ständen wir hinter den meisten Kulturländern erheblich zurück. Der Ausübung kommunaler Ehrenämter stehe nichts im Wege, nur müßten die Beamten selbstverständlich selbst für Vertretung sorgen.

Dienstag 1 Uhr: Fortsetzung. — Schluß 7 Uhr.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

OPO. Berlin, 2. März.

(39. Sitzung.)

Eröffnung: 11 1/2 Uhr.

Gesegentwurf zur Abänderung des

Kommunalabgabengesetzes

in Verbindung mit der Interpellation Dr. Arndt (Str.) betreffend die Unterschiede in der finanziellen Belastung der Gemeinden.

Minister v. Dallwig erklärt, daß er sich den Zeitpunkt der Beantwortung der Interpellation vorbehalten müsse. Das Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1913 hat sich im großen und ganzen durchaus bewährt und es kann nur von einer Verbesserung der Einzelheiten die Rede sein. Der allgemeine Wunsch der Gemeinden nach neuen Steuerquellen mußte sich im Entwurf mit Rücksicht auf die schon überaus hochbelasteten Steuerzahler darauf beschränken, durch eine Reihe kleinerer Mittel den Gemeinden nach Möglichkeit zu helfen und die schwächeren Gemeinden bei Verteilung gemeinsamer Steuerobjekte besser zu stellen. Endlich bringt die Vorlage eine Vereinfachung des Verfahrens, sowie eine Einschränkung der Staatsaufsicht, wenigstens in formaler Beziehung.

Abg. v. Jacobi (konf.) fordert eine Statistik über die Belastung der Gemeinden. Seine Partei müsse unbedingt verlangen, daß der Grundbesitz gegen unbedingte Steueranforderungen geschützt werde. (Sehr richtig rechts.) Ohne Abänderung im Punkte der Ertragssteuern von Gütern in der Nähe von Großstädten werde die Vorlage kaum annehmbar sein. Er beantragt die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Reil (natl.) führt aus, er habe nur Bedenken gegen die geplante Heranziehung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Einer gründlichen Prüfung werde der § 25 bedürfen. Das Recht der Gemeinden, besondere Steuern vom Grundbesitz einzuführen, müsse mit besonderen Kautelen umgeben werden.

Abg. Dr. Bürmeling (Str.): Mit der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern sind wir einverstanden. Der Vorlage und der Begründung müssen wir unsere Anerkennung zollen. Sehr erwünscht wäre es aber gewesen, wenn der Vorentwurf nicht nur einem beschränkten Kreise von Behörden früher zugegangen wäre, sondern wenn er mit Begründung in vollem Umfang veröffentlicht worden wäre, damit bedeutende Körperschaften dazu hätten Stellung nehmen können. So erfreulich die schöne Entwicklung der Städte auch ist, so ist allerdings in Bezug auf Ausgestaltung der Städte eine weite Jurisdiktion notwendig. Leider sind die Kreis- und Landstädte entschieden zurückgeblieben. Gegen einen Ausgleich der Schulden unter den Gemeinden haben wir nicht unerhebliche Bedenken. Der Grundbesitz wird vor allem beim Umlauf zu sehr getroffen. Im Gesetz sollten die kleinen Veräußerungsgeschäfte steuerlich freigelassen werden. Die Gewerbetreibenden dürfen mit ihren Maschinen nicht zur Grundsteuer herangezogen werden. Das Gesetz kann am besten erst nach Vorlegung der in Aussicht stehenden Verringerung des Wertzuwachssteuergesetzes verabschiedet werden. Vor allem wünschen wir die Ausdehnung einer Befreiung von der gemeinen Wertsteuer auch auf die verpackten Güter. In Bezug auf die Bestimmung über die Grundwertsteuer bei den Grundbesitzern an bebauten Straßen müssen wir den legitimen Gewerbebetrieb und den legitimen Grundbesitz schützen. In der Bemessung der Realsteuern würden wir mehr Regierungseinfluß auf die Gemeinden wünschen. Das Gesetz will den Gemeinden die Freiheit geben, einen Steuerzuschlag zur Einkommensteuer bis zu 150% zu erheben. Das geht uns aber entschieden zu weit. Ich wünsche, daß die Vorlage in der Kommission in dem Sinne beraten wird, daß sowohl den berechtigten Interessen der Gemeinden, wie auch den berechtigten Interessen der Steuerzahler Rechnung getragen wird. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Finanzminister Dr. Penke: Um den verstärkten Ansprüchen der Zeitzeit zu genügen, mußten die Gemeinden gern oder ungern auch die Steuerlasten anziehen und in vielen Fällen, so z. B. in der Befordersfrage, dem Beispiele des Staates folgen. An dem Steuerprivileg der Geistlichen

dürfen wir nicht rütteln. Erfreulich ist, daß alle Redner bisher im großen und ganzen der Vorlage sympathisch gegenüberstehen. (Beifall.)

Abg. Dr. Bredt (Str.) bepricht Mängel auf dem Gebiete der Wertzuwachssteuer. Es dürfe keine Einschränkung der Freiheit der Gemeinden, aber auch kein Hinübergreifen der Städte in die Aufgaben der Privatwirtschaft stattfinden.

Abg. Cassel (Vp.) stimmt im Allgemeinen der Vorlage zu.

Abg. Girsch (Soz.) erkennt an, daß die Vorlage manche Vorteile hat.

Abg. Graf Spee (Str.) will nur den Ertrag des Vermögens zur Steuer herangezogen wissen und bedauert, daß gerade in letzter Zeit die Gemeinden zur Anwendung der gemeinen Wertsteuer von der Regierung veranlaßt worden sind. Die Befreiung von der Besteuerung nach dem gemeinen Wert sei auch für die Mieter unbedingt notwendig.

Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung, Ausgrabungsgeheß und kleine Vorlagen. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Kokales.

Limburg, 3. März.

— Aus dem städtischen Haushaltsplan 1914/15. (Fortsetzung.)

Die gestrige Notiz über die Schlachthofverwaltung ist dahin zu berichtigen, daß sich die Einnahmen auf 34 341 M. (nicht 341 M.) belaufen.

Der Etat der Stadtkasse (Titel 17) schließt mit 19 030 M. Einnahmen und 21 420 M. Ausgaben oder einer Mehrausgabe von 5390 M. (i. V. 5695 M.) ab.

Bei Titel 18: Standesamt sind 300 M. Einnahmen und 170 M. Ausgaben, also 130 M. Mehreinnahmen vorgezogen.

Titel 19: Steuerverwaltung gibt einen interessanten Ueberblick über die in Limburg aufzubringenden Steuern. Die veranlagte Staats-Einkommensteuer weist den fingierten Normalsteuervertrag nach dem Etat auf 115 000. Für die Befreiung der Geistlichen, Lehrer und Beamten kommen hier 20 000 M. in Abzug, während 48 000 M. als Einkommensteuer von Aktiengesellschaften, Forenfen, Fiskus etc. hinzu zu rechnen sind, so daß für die vorgegebenen städtischen Zuschläge von 175 Prozent ein Betrag von 143 000 M. in Betracht kommt. Es sind demnach vorgezogen auf Zuschlägen zur Einkommensteuer 250 250 M. (i. V. 238 000 M.). Die staatlich veranlagte Grundsteuer ist mit 2000 M. vorgezogen, so daß für die Stadt bei 200 Prozent Zuschlägen eine Einnahme von 4000 M. zu erwarten sein dürfte. Die staatlich veranlagte Gebäudesteuer ist mit 44 500 M. oder bei 200 Prozent mit 89 000 M. für den Stadtsäckel in den Etat eingelegt. 200 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer in Höhe von 15 500 M. sollen 31 000 M. einbringen. Die Betriebssteuer, die bisher auf 200 Prozent festgelegt war, soll auf 100 Prozent ermäßigt, 1300 M. einbringen. Für die Borenhaussteuer ist ein Betrag von 3000 M. festgelegt. Die Luftfahrzeugsteuer ist mit 4000 M., die Hundesteuer mit 4050 M. und die Umfahsteuer mit 5500 M. vorgezogen. Der Etat der Steuerverwaltung schließt ab mit 559 840 M. Einnahmen und 204 770 M. Ausgaben. Die Mehreinnahme beträgt somit 355 070 M.

— Aus dem Stadtverordneten-Kollegium. Der stellvert. Stadtverordnete-Korreferent Herr Justizrat Rahl hat sein Amt als stellvert. Vorsitzender des Kollegiums niedergelegt.

Die Generalversammlung der Limburger Zentrumspartei ist nunmehr endgültig auf Donnerstag 12. d. Mts. festgelegt. (S. Inserat.)

— Personalien. Herr Kanzlist Galfbrodt wurde ab 1. April d. Js. vom Amtsgericht Limburg zum Amtsgericht Wehlart versetzt. — Die Prüfung als „Verführer“ bestand in Frankfurt der Hiltzwerkführer S. Stein aus Lindenholzhausen.

— Besitzwechsel. Herr Ober-Postassistent Priester kaufte ein im Pannunternehmer G. Br. Cusinger von Elz gehöriges, in der U. gelegenes Wohnhaus zum Kaufpreis von 21 000 M. — Das Haus des verstorbenen Küstermeisters Jakob Golder am Fischmarkt ging zum Preise von 4300 M. in den Besitz des Herrn Siedereiarbeiters Kemp über.

— Der erste der populär-wissenschaftlichen Vorträge, welche seit 17 Jahren seitens des hiesigen Gymnasiums unter dem treuen Beifall des gebildeten Publikums aus unserer Stadt und Umgebung veranstaltet werden, fand gestern Abend in der Aula des Gymnasiums statt. „Rassauisches aus der Franzosenzeit“ lautete der anziehende Titel des Vortrages, angehend zunächst für die geborenen Nassauer, die noch immer gerne etwas von den Geschichten ihrer Heimat und ihrer Landsleute hören, aber auch anziehend für alle, die jetzt in Nassau wohnen. Der Vortragende, Herr Pfarrer u. Kreis-schulinspektor Dr. Seibert von Rodom im Untertaunuskreis, wählte seine Darlegung recht interessant zu gestalten und brachte eine Fülle geistreichen Materials, das sich an die drei Namen Marceau, Spanien und Waterloo angeschlossen. Es war ein ganzes Stück Kriegsgeschichte, das erst die Kämpfe der französischen Revolutionsarmee unter Jourdan und Marceau in unserer Gegend, dann Marceaus Verwundung bei Hochtendbach und seinen an den Folgen der Verwundung in Altkirchen am nächsten Tage eingetretenen Tod, hierauf die Waffentaten der zwei nassauischen Regimenter unter Napoleon in Spanien und endlich deren ruhmvolle Teilnahme an der Niederwerfung Napoleons in der seine Macht für immer brechenden Schlacht bei Waterloo vorführte. Für die alten Nassauer klangen die Namen tüchtiger Offiziere bei ihren Truppen, Kruse, Preen, Giese, Wiederstein sympathisch an Ohr, das einst besonders die Namen der zwei ersten, die später noch lange als Generale an der Spitze der kleinen nassauischen Armee standen, mit Stolz von ihren Woffengefährten hatte nennen hören. In die ersten Darlegungen des sein Thema vollständig beherrschenden Redners mischte sich öfter die belustigende Erzählung von lächerlich prahlender Berichterstattung alter „Spanier“ und „Waterloer“ und die Anführung prächtiger Anekdoten. Nach dem eigentlichen Vortrag, der etwa fünfviertel Stunden dauerte, unterhielt der Redner die ihm wohl verdienten, reichen Beifall spendende Zuhörerschaft noch durch die Vorführung einer großen Menge trefflicher Lichtbilder über Marceau und sein Geschick, die spanischen Kriegsschauplätze und Greuelthaten, Porträts berühmter Fürsten, Heerführer und Staatsmänner aus der Zeit der Kriege und der nächstfolgenden Periode. Etwa zwei Stunden lang wachte Herr

Pfarrer Dr. Seibert sein Publikum in regster Aufmerksamkeit zu erhalten und voll auf befriedigend.

— Kathol. Frauenbund. Die Vertagung der Jugendabteilung findet wegen Vertagung der Mednerin nicht am 6. März statt, sondern am Montag den 9. März.

— Stenographie Stolze-Schrey. Aus dem Inseratenteil der heutigen Nummer ersichtlich, eröffnet der hiesige Stenographenverein Stolze-Schrey am Donnerstag in seinem Vereinslokal, Restaurant Stahlheber, Diezertstr. 32, einen neuen Anfängerkursus. Bei der großen Vertagung, dessen sich das System Stolze-Schrey infolge der leichten Erlernarbeit und großen Leistungsfähigkeit erfreut, kann die Teilnahme an dem Kursus nur empfohlen werden.

— Vom Handwerk. Der für diese Woche in Aussicht gestellte Vortrag über die Ausstellung „das deutsche Handwerk“ in Dresden mußte verschoben werden, und ist definitiv auf den 10. März abends 8 1/2 Uhr, von der Handwerkskammer im Saal (Stadt Wiesbaden). Der Vortrag, der von einem Herrn aus Dresden gehalten wird, behandelt Allgemeines über die Ausstellung, die Art der Ausstellung, Ausstellen durch Zünfte, Besuch der Ausstellung und Gründung von Reiseparkassen. (Siehe Anzeige.)

— Kathol. Lehrlingsverein. Das umfangreiche Winterprogramm des Lehrlingsvereins weist eine ganze Anzahl sehr interessanter Vorträge, vielfach mit Lichtbildern auf. Für diese Vorträge haben sich schon eine Reihe von Herren und dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt. So hatte Sonntag Abend der Verein die Ehre, den Gymnasialdirektor Bedmann in der Versammlung zu sehen. Derselbe hielt einen Vortrag über den Bau eines Dampfers unter Vorführung einer großen Anzahl von sehr lehrreichen Lichtbildern, welche der Norddeutsche Lloyd gratis zur Verfügung gestellt hatte. Es ist sehr anzuerkennen, daß der Norddeutsche Lloyd durch die unentgeltliche Ueberlassung von Lichtbildern sich in den Dienst der Jugendpflege stellt. Bereits vor einigen Jahren hatte der Verein durch die gütige Vermittlung des Herrn Kaufmanns Josef Krepping eine ebenfalls sehr interessante Lichtbildserie von dem Norddeutschen Lloyd bezogen. Zu dem vorgestrichenen Vorträge hatten sich außer den Mitgliedern des Vereins auch eine größere Anzahl von Vorstandsmitgliedern eingefunden, welche wie die Mitglieder mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Herrn Direktors lauschten. Auch am nächsten Sonntag haben die Mitglieder wieder einen lehrreichen Vortrag zu erwarten, zu welchem ein Stahlheberfabrik die Lichtbilder ebenfalls unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat.

— Unions. Sonntag Abend fand im Saal des Herrn G. Orth die Generalversammlung des Rath. Männervereins „Unions“ statt. Der Vorsitzende, Herr Stadtverordneter Steinhilber, berichtete über die Tätigkeit des Vereins im abgelaufenen Vereinsjahr, während der Saison führer, Eisenbahnschmied Hof. Neufuß, noch einen ausführlichen Jahresbericht gab. Der Bericht der Kasse ist ein glänzender; dem Kassierer, Eisenbahnschreiner Peter Schneider, wurde einmütig Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde an Stelle des Herrn Steinhilber, der von seiner Person abziehen zu wollen, Herr W. Schmiedemeister Johann Spranz zum 1. Vorsitzenden und zum zweiten Vorsitzenden Herr R. Thomas gewählt; die übrigen ausstehenden Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Herr Spranz dankte Herrn Steinhilber für sein reiches Wirken in der „Unions“ und sprach den Wunsch aus, daß Herr Steinhilber auch ferner noch im Vorstand verbleibe, eine Anregung, welche die Versammlung einstimmig akzeptierte. Die Revisorenkommission besteht aus den Herren Schmiedemeister Joh. Löb, Schriftführer Hof. Saas und Schneidermeister Gramling.

Provinzielles.

— Gishofen, 1. März. Die hiesige Gemeindevertretung hatte sich in ihrer letzten Sitzung, in welcher sämtliche Mitglieder erschienen waren, der Gelegenheit des 3. Zt. schwebenden Konsolidationsverfahrens vorgegebenen Grenzregulierungsverfahrens zwischen den Gemarkungen Gishofen und Wiesbaden zu befassen. Zu diesem Punkte lag ein Plan zur Konsolidationsbehörde vor. Es wurde einstimmig beschlossen, diese Frage unter Zugiehung des ständigen Kommissars für die hiesige Konsolidation in einem Lokalkomitee zu erledigen. Ein Punkt d. Tagesordnung betraf die Wasserleitung nach Wenging, ein Bau derselben vorläufig noch nicht ins Auge gefaßt ist, so soll doch beim jetzigen Konsolidationsverfahren versucht werden, die gemeindefremden sowie wie möglich in die in der Gemarkung verschiedenenorts vorfindenden reichhaltigen Quellgebiete zu bekommen. Nächste sollen Versuche mit der Wünschelrute angestellt und danach evtl. weiter erforderliche Arbeiten vorgenommen werden. Ein weiterer Punkt betraf die Aufstellung eines Ortsstatuts in Bezug auf einen Bebauungsplan, welcher ebenfalls im jetzigen Konsolidationsverfahren analog anderer Gemeinden durch die Konsolidationsbehörde aufgestellt werden sollte. Der betr. Kommissar hat aber in einem Schreiben an das Landratsamt erklärt, daß er dies nicht thun wird, weil die Aufstellung eines Bebauungsplanes wegen des Verhaltens der gemeindefremden ablehne. Es wurde deshalb vorgeschlagen, einen Privatbeamten mit der Anlage eines Ortsstatuts beauftragen. Man lehnte jedoch den Antrag einstimmig ab.

— Elz, 3. März. Ehrende Anerkennung. Der Kaiser verlieh unsern Uebermuth. Wilhelm. Schneider bei seinem Uebermuth in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenkreuz 1. Klasse. Schneider stand nahezu 40 Jahre im aktiven Dienst als Reg. Eisenbahn-Hauptwerkstätte im Dienst als Reg. rangierter Arbeiter, wobei er leider auch eine schwere Verletzung erlitt. Bei Uebermuth der Ordensauszeichnung hob der Vorstand des Vereines der hiesigen Eisenbahner, Herr Regierungsrat Weber, die von Schneider allezeit bewiesene Treue und Gewissenhaftigkeit rühmlich hervor.

— Wallmerod, 2. März. Oberkommissar aus Stoblenz wird am Dienstag den 3. d. Mts. einen Vortrag im Hotel zum goldenen Löwen halten.

— Langendernbach, 2. März. In der Nacht vom Sonntag auf Montag, in der noch in kalten Stunden in ausgiebigster Weise auf der Straße gefahren wurde, wurde hier wieder eine Unfälle die Mordthat begangen. Auf dem Weg (früher Kirchhof) nämlich, der durch die Gemeinde unseres Herrn Pfarrers zu Schönen Wäldchen umgestaltet und noch in letzter Woche mit neuen Obstbäumen bepflanzt worden ist, wurde die neugepflanzten Bäume mit diabolischer

Vortrag
über „Die deutsche Wand-
werke-Ausstellung Dres-
den 1915“ am 10. März
abends 8½ Uhr im Saale
der „Stadt Wiesbaden“.
Der Innungsaussch.
Für die Quatembertage
empfehle: 942

**Frische Schellfische,
Cablian, Rotzungen,
gewürstete Stöckfische,
Monnifendamer
Bratbücklinge**
Ed. Trombetta Nachf.

Hausbursche
gesucht S. Saalfeld. 999
Junges bess. Mädchen sucht
Stelle für nachmittags bei
Kindern. Näh. Exp. 12355
Sauberes Monatensmädchen
sofort gef. Näh. Exp. 12398
Ein Waschknecht vom
Landes gesucht.
2935 Hospitalstraße 9.
Durch Vererbung nach
Limburg e. febl. 2-Zimmer-
wohnung von 11 Familie
zum 1. April in Limburg
gesucht. Off. u. H. 2352 an
die Expedition.

Der 1. April möbl.
Zimmer mit oder ohne
Pension gesucht. Off. m. Preis
unter S. 2374 an die Exped.

Donnerstag 5. März ab. 8¹/₄ Uhr im Saale der „Alten Post“

- 1 Et